

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Adlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Rindorf, Ortmannsdorf, Rüssen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Sängendorf, Thurm, Niedermüllern, Rühnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbezirk

56. Jahrgang.

Freitag, den 6. April

Nr. 79.

Veränderung-Wahltag: Nr. 7.

Telegramm-Adresse: Lichtenstein.

1906.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtagen) nachmittags für den folgenden Tag. Einzelhefter 1 Mark 25 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 50 Pf. Jahresnummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwischmarche 197, alle Kaiserlichen Postämtern, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die festgesetzte Grundgebühr mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im wöchentlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Annahme täglich bis 12 Uhr mittags vorabends 10 Uhr.

Die Stellvertretung des vorübergehend behinderten Herrn Fiedensrichters Heyder hier wird auf die Zeit bis Ende Mai d. J. Herrn Amtsgerichtsekretär Damm übertragen.
Lichtenstein, den 4. April 1906.
Königliches Amtsgericht.

Sparcasse zu St. Egidien.

Öffnet: Dienstags und Freitags von nachmittags 3 bis 6 Uhr. Die Einlagen werden mit 3 1/2 % verzinst und geheim behandelt. Geschäftslokal: Gemeindeamt daselbst.

Das Wichtigste.

* Die Zweite sächsische Kammer beriet Mittwoch über die Erweiterung der Ersten und vertagte die Beschlussfassung auf Donnerstag.

* Prinz Wilhelm zu Schaumburg-Lippe ist in Schloß Nachod plötzlich gestorben und wenige Stunden später in Ratiboritz seine Schwieger-tochter Prinzessin Friedrich zu Schaumburg-Lippe.

* Graf Bögen kehrt nicht wieder nach Afrika zurück.

* Die Besserung in dem Befinden des Eisenbahnministers von Bude scheint anzuhalten.

* In Courrières wurde wieder ein Bergmann lebend gerettet. Neun Arbeiter starben vor Erschöpfung, ehe sie ans Tageslicht kamen.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

(Eigen-Bericht.) ab. Berlin, 4. April 1906.

Dem Reichstage ist es in seiner heutigen Sitzung zum ersten Mal in dieser Session gelungen, die ganze Tagesordnung zu erledigen. Damit hat der Präsident Graf Ballestrem, mit Hilfe der Opposition, seinen Willen durchgesetzt, die Osterferien schon morgen, statt übermorgen Abend beginnen zu lassen. Er wurde in diesem Bemühen von dem Vizepräsidenten Professor Dr. Paasche aufs kräftigste unterstützt, der mit einer ungewöhnlichen Energie dem Abg. Dr. Dürckhardt (wirtsch. Bgg.) daran verhinderte, gelegentlich des Serwisgesetzes die freisinnige Steuerpolitik anzupropagieren und dadurch eine weitläufige Steuerdebatte zu provozieren. Morgen kommt noch der Etat des Auswärtigen Amtes zur Verhandlung, und allen widersprechenden Meldungen zum Trotz ist es schon heute ausgemacht, daß der Reichskanzler das Wort ergreifen wird. Zwar kann man nicht wissen, ob er ein offizielles Schlusswort zur Konferenz von Algieras spricht, aber es ist nicht abzusehen, zu welchem anderen Zwecke er reden sollte. So werden die Osterferien also aller Voraussicht nach mit einer großen Staatsaktion eingeleitet werden.

Die heutige Sitzung trug im wesentlichen den Charakter einer Aufräumungsarbeit mit alten „Restern“. Man erinnert sich, daß der Etat für Ostafrika erledigt wurde, mit Ausnahme der Position der Regierungsschulen, und der Etat von Südwestafrika mit Ausnahme der Resolution Compesch zur Toppelskirch-Affäre. Wegen der Regierungsschulen in Ostafrika war ursprünglich nur das Zentrum, und zwar, weil es fürchtete, daß diese Schulen von notwendigerweise simultanen Charakter die im ganzen 14 (!) christlichen weissen Kinder der Kolonie den Missionsschulen entziehen würden. Das lebhafteste Eintreten der Sozialdemokraten machte indes die Konservativen stutzig, und diese einigten sich mit dem Zentrum zu beantragen, an Stelle der beabsichtigten Regierungsschulen eine evangelisch-lutherische Schule in Dar-es-Salaam für die evangelischen deutschen Kinder und eine reformierte Schule am Meruberge für die Aurenkinder zu errichten. Die Kolonialexperten Dr. Arendt (freikons.) und Dr. Paasche (natlib.) sowie der Regierungsvorsetzer Geh. Rat Seitz wiesen vergebens auf die Unsachlichkeit dieses Antrages hin und fragten, was denn mit den mohamedanischen und

griech-orthodoxen Kindern geschehen solle, vergebens wies Abg. Babel auf das Beispiel des bigotten England und des orthodoxen Rußland hin, die aus praktischen Rücksichten Moscheen bauten — die 14 katholischen Kinder sollten den Missionsschulen getrennt werden und darum schleuderte Abg. Spahn mit großer Geste ein „Prinzipial obsta!“ in den Saal. Eine zufällige Mehrheit nahm indessen die unveränderte Regierungsvorlage an.

Angenommen wurde auch die Resolution Compesch, die eine „sofortige“ Lösung der Kontrakte mit der Firma Toppelskirch verlangt. Die Bemühungen der Rechten, das „sofort“ durch „den ersten rechtlich zulässigen Zeitpunkt“ zu ersetzen, scheiterten. Abg. Singer verriet, die Kommission habe das juristisch anfechtbare „sofort“ deshalb angenommen, „um auf die Hintermänner der Firma Toppelskirch einen moralischen Druck auszuüben.“

Zu den aus der Kommission zurückgekommenen Vorlagen über die Wohnungsgeldzuschüsse und den Serwisstarif ist nur zu bemerken, daß allerseits die Ueberzeugung ausgesprochen wurde, es handle sich nur um ein Provisorium, das am 1. April 1908 durch eine grundsätzliche Neuordnung abgelöst werden würde. Die erhöhten Entschädigungssätze für Naturalleistungen in Mandaren wurden alsdann angenommen und ebenso der vieldeutige Antrag der Kommission, die Zuckersteuer von 14 auf 10 Mark für 1000 Kilo herabzusetzen. Letzterer Beschluß hat eine viel weiter gehende steuerpolitische Bedeutung und dürfte in der dritten Lesung noch manche interessante Betrachtungen hervorzuheben.

Die Personen- und Gepäcksreform

hat wieder einen Schritt vorwärts getan. Ueber die Konferenz, die am Montag und Dienstag in Berlin im Ministerium der öffentlichen Arbeiten stattfand und an der Delegierte sämtlicher deutschen Eisenbahnverwaltungen teilnahmen, wird offiziös berichtet:

Am 2. und 3. April haben in Berlin Konferenzen der Vertreter der deutschen Regierungen über die Ausführung der bisher zu der geplanten Reform der Personen- und Gepäcksreise gefassten Beschlüsse stattgefunden. Wenn auch einige Regierungen sich ihre entgeltlichen Entschädigungen bis zur Erörterung in den geschehenden Körperschaften vorbehalten mußten, so haben die Beratungen doch das erfreuliche Ergebnis gehabt, daß jetzt ohne Verzögerung an die Ausführungsarbeiten herangetreten werden kann. Einlage noch nicht völlig geklärt werden durch Ausschüsse durchgearbeitet werden. Zur vollständigen Umarbeitung der Tarife und Abfertigungsvorschriften, zum Druck der neuen Fahrkarten und sonstigen Materialien und zur Ausstattung der Dienststellen mit diesem Material sind indessen noch sehr zeit raubende Arbeiten erforderlich so daß bis zur Einführung der neuen Personen- und Gepäcksreise noch eine geraume Zeit vergehen wird.

Leider erfährt man aus dieser Mitteilung nur, daß die Reform noch in weitem Felde liegt. Wie sie aussehen wird, darüber wird so gut wie gar nichts verraten. Was das Publikum in erster Linie interessiert, ist die Frage, welche Tarife in Aussicht genommen sind. Man hat darüber wohl einiges erfahren und weiß besonders, daß die Rückfahrkarten in Wegfall kommen sollen und an deren Stelle der halbe Preis für die einfache Fahrt treten soll. Aber die Zuschläge für Schnellzüge sind in ihrer Ausdehnung ganz unbestimmt. Will man für sämtliche sogenannten Schnellzüge Zuschläge einführen? Oder in welcher Weise will man die Schnellzüge klassifizieren? Darüber besteht noch immer keine Klarheit. Ebenso wäre es wichtig, zu wissen, ob nun in Süddeutschland die vierte Wagenklasse eingeführt werden soll oder nicht. Hoffentlich werden bald ausführliche Mitteilungen über die Konferenz bekannt gegeben.

Deutsches Reich.

Dresden. (Zur Reform der Ersten Kammer.) In der sächsischen Zweiten Kammer gab Abg. Schred die Erklärung ab, daß die Mitglieder der nationalliberalen Fraktion gegen den Mehrheitsantrag bei der Reform der Ersten Kammer stimmen werden. Die Vorlage fällt damit.

Berlin. (Das Kaiserpaar) beabsichtigt, sich mit den Prinzen und der Prinzessin in diesem Sommer zu einem mehrtägigen Aufenthalt nach Urvolle zu begeben.

(Wohnbewegung.) In Berlin befinden sich außer den Malern auch die Bauhofsler und Klempner in einer Wohnbewegung und ebenso breiten auch die Bäcker einen Ausstand vor. Die Bäckergehilfen wollen einen Tarifvertrag, den ein Teil der Meister nicht bewilligen will.

(Zwei Todesfälle im Hause Schaumburg-Lippe.) Das fürstliche Haus von Schaumburg-Lippe ist durch das Ableben zweier seiner Angehörigen in tiefe Trauer versetzt worden. Mittwoch früh 4 Uhr ist auf seinem Schloß Nachod in Böhmen Prinz Wilhelm zu Schaumburg-Lippe im 70. Lebensjahre unerwartet einem Herzschlag erlegen, und wenige Stunden später, morgens 9 Uhr, wurde seine Schwiegertochter, die erst 31 Jahre alte Prinzessin Luise zu Schaumburg-Lippe in Schloß Ratiboritz von ihren langen, schweren Leiden durch den Tod erlöst.

(Graf Bögen.) Die die „Neue politische Korrespondenz“ erfährt, steht nunmehr fest, daß Gouverneur Graf Bögen krankheitshalber nach Deutschostafrika nicht mehr zurückkehren wird. Ueber seinen Nachfolger ist bis jetzt nur das eine entschieden, daß der in mehreren Blättern genannte Gouverneur von Samoa, Dr. Solf, als Nachfolger Graf Bögens auf keinen Fall in Betracht kommt. Ueber die weitere Verwendung des letztgenannten, der bekanntlich für den diplomatischen Dienst inkliniert, läßt sich zurzeit auch noch nichts sagen; denn die Entscheidung über das neue Kolonialamt und seine künftigen Beamten ist noch nicht gefallen. — Als Nachfolger des Grafen Bögen werden genannt der Generalkonsul in Moskau, Frhr. v. Rechenberg und der Generalkonsul in Genua Legationsrat Dr. J. r. m. e. r.

(Water und Sohn.) Der preussische Justizminister Weseler wird jetzt in eine eigenartige Situation gebracht. Sein Sohn, Berichtreferendar in Breslau, wurde wegen eines unblutig verlaufenen Pistolenduell zu vier Monaten Festung verurteilt. Vorausichtlich wird bei den nächsten Duelldebatten im Reichstage Herr Weseler sen. wegen dieser Affäre seines Sohnes nicht wenig ironisiert werden. Herr Weseler jun. wird wohl vergebens auf die Duellanten gegenüber nach kurzer Haft übliche Begnadigung hoffen. Denn um Weseler sen. willen wird man es peinlich vermeiden, auch nur den leisesten Anschein einer Begünstigung zu erwecken. Es ist also weder für den Vater noch für den Sohn gut, wenn der eine Justizminister ist und der andere „sich schießt“.

(Verlustliste aus Südwestafrika.) Am 26. März sind beim Ueberfall eines Oshenwagens nördlich Ariam gefallen: Leutnant Keller und 10 Mann; schwer verwundet: 1 Unteroffizier und 1 Mann; leicht verwundet: 3 Mann.